

KOMMUNALER FINANZREPORT

In Niedersachsen wachsen die Unterschiede

Gütersloh, 14. August 2015. Die Städte, Gemeinden und Kreise Niedersachsens erwirtschafteten im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge einen Überschuss. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Insgesamt 180 Millionen Euro Plus standen am Ende in den Kommunalhaushalten zu Buche, 23 Euro pro Einwohner. Ein Jahr zuvor hatte der Überschuss noch bei über 700 Millionen Euro gelegen. Das Plus entwickelte sich rückläufig trotz steigender Einnahmen der Kommunen. Die Ausgaben jedoch, vor allem für Personal und Soziales, stiegen schneller.

Niedersachsen zählt damit zu den sieben Bundesländern, in denen die Kommunen das vergangene Haushaltsjahr mit einem Plus abschlossen. Die übrigen sechs Flächenländer verzeichneten ein Minus in ihren Etats. Den größten Überschuss erreichten die bayerischen Kommunen mit 127 Euro je Einwohner. Das größte Defizit verbuchten jene im Saarland mit 319 Euro je Einwohner.

Niedersachsens Kommunen gelang es 2014, die Kassenkredite zu reduzieren. Diesen Krediten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Kassenkredite sind – vergleichbar mit Dispo-Krediten – eine der letzten Möglichkeiten für notleidende Kommunen, kurzfristig ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern. Sie gelten als klassischer Krisenindikator. Sie liegen nun im Landesdurchschnitt bei 428 Euro je Einwohner. Der Höchststand wurde im Jahr 2010 mit 610 Euro pro Kopf erreicht. Zum Vergleich: In Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg sind Kassenkredite nahezu unbekannt. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland hingegen erreichen sie 1.500 bzw. 2.000 Euro je Einwohner.

Die insgesamt positive Entwicklung in Niedersachsen ist großteils auf das Entschuldungsprogramm des Landes zurückzuführen. Städte wie Lüneburg, Uelzen, Goslar oder Göttingen wurden gegen strenge Auflagen von einem Teil ihrer Kassenkredite befreit. „Für die Städte bedeutet das schmerzhaftes Maßnahmen, aber angesichts guter Konjunktur und niedriger Zinsen ist das Zeitfenster für die Sanierung günstig“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung

Von allgemeiner finanzieller Gesundheit kann in Niedersachsen allerdings keine Rede sein. Denn die Kassenkredite steigen regional weiter, und die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Das belegt ein Blick in die Haushalte der 46 niedersächsischen Kreise und kreisfreien Städte. An der Spitze der Verschuldung standen 2013 die Kreise Lüchow-Dannenberg (3.285 Euro je Einwohner), Helmstedt (2.757 Euro) und Osterode am Harz (2.426 Euro). „Hier wurden bereits Vereinbarungen über Entschuldungshilfen mit dem Land getroffen.“ So Geißler. Eine negative Entwicklung nahmen während der Wirtschaftskrise die Städte Salzgitter und Wilhelmshaven, die ihre Kassenkredite verdrei- beziehungsweise vervierfachten. Demgegenüber waren acht Kommunen frei von Kassenkrediten (Kreise Diepholz, Oldenburg, Rotenburg/Wümme, Verden, Vechta sowie die kreisfreien Städte Braunschweig, Wolfsburg und Emden).

Weil Kassenkredite kurze Laufzeiten haben, würden sich etwaige Zinsanstiege schnell in den Haushalten niederschlagen. „Bestehende Haushaltskrisen verschärfen sich – trotz insgesamt guter Konjunktur und finanzpolitisch positiver Trends“, sagte Geißler.

Zwei wichtige Ursachen für Defizite und Verschuldung sind die Steuerkraft und die Hartz-IV-Wohnkosten. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Die Bertelsmann Stiftung analysierte erstmals die zeitliche und regionale Entwicklung dieser Faktoren.

Die niedersächsischen Kommunen liegen im Durchschnitt unter der bundesweiten Steuerkraft. Zehn Kommunen liegen darüber, 36 Kommunen darunter. Die Wirtschaftskrise hat zwar keine bleibenden Schäden hinterlassen. Die Abhängigkeit von Zahlungen weniger Kommunen in den kommunalen Finanzausgleich jedoch nimmt zu. Wolfsburg etwa steigerte seine Steuerkraft von 2008 auf 2013 um über 60 Prozent. Sie liegt damit pro Einwohner vier Mal höher als im Kreis Helmstedt. 2008 betrug der Unterschied nur Faktor zwei.

Hohe Ausgaben für die Hartz-IV-Wohnkosten sind vor allem für Delmenhorst und Wilhelmshaven eine Herausforderung. Die Pro-Kopf-Ausgaben erreichen dort das Doppelte des Landesdurchschnitts und das Vierfache der Kreise Emsland oder Vechta. Diese Situation ist seit dem Jahr 2008 stabil.

Der Kommunale Finanzreport beobachtet bundesweit ein Auseinanderdriften starker und schwacher Regionen. Delmenhorst und Wilhelmshaven gehören zur Gruppe der Kommunen mit den dauerhaft zugleich höchsten Hartz-IV-Wohnkosten und geringsten Steuereinnahmen. Es gelingt den Städten nicht, die hohe Ausgabenbelastung ab- und die Steuerkraft aufzubauen. „Wenn diese Kommunen nicht abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen“, sagte Geißler. Spürbare Entlastung brächte eine Übernahme der Hartz-IV-Wohnkosten durch den Bund.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er analysiert die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland und basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken (Kassenstatistiken 2013 und 2014, Schuldenstatistik, Realsteuerstatistik, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). Der Kommunale Finanzreport wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

Unser Experte: **Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81 81 467**
E-Mail: **rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de**

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de